

Fachlicher Austausch des Hamburger Bündnisses für öffentlich geförderte Beschäftigung

„Langzeitarbeitslose ohne Perspektive? Zur Zukunft des sozialen Arbeitsmarktes“

am 5. November 2024

Rede Klaus Wicher, Landesvorsitzender SoVD Hamburg

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitwirkende an der heutigen Veranstaltung, liebe Gäste, liebe Freund:innen,

im Namen des Bündnisses für öffentlich geförderte Beschäftigung in Hamburg begrüße Sie aufs Herzlichste. Schön, dass Sie alle gekommen sind.

Nicht nur in Hamburg steigt die Zahl der arbeitslosen Menschen deutlich an – auch in ganz Deutschland ist diese Entwicklung zu beobachten. Dies hat Gründe: Aktuell befinden wir uns in einer tiefgreifenden Krise. Seit zwei Jahren sind wir in einer anhaltenden Rezession mit wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen. Bisher ist nicht zu erkennen, wie Deutschland da rauskommen kann. Jetzt käme es darauf an, dass sich die Bundesregierung über den Weg aus der Krise einigt – das ist leider bisher nicht absehbar. Das ruft uns auf den Plan, das werden wir so nicht hinnehmen!

Immer noch gibt es eine Finanzierungslücke im Bundeshaushalt. Sie wirft bedrohliche Schatten auf den Arbeitsmarkt, denn es drohen Streichungen, die besonders die aktive Arbeitsmarktpolitik betreffen werden. Aus Berlin bleiben bisher die notwendigen Impulse aus, um langzeitarbeitslosen Menschen mehr Perspektiven zu geben. Darum ist jetzt der Hamburger Senat gefordert: Der soziale Arbeitsmarkt muss aus stadteigenen Mitteln einen deutlichen Schub erhalten, um vor allem Menschen mit Vermittlungshemmnissen zu unterstützen. Kommt nichts aus Hamburg, kommt vermutlich gar nichts. Unsere Stadt kann sich das leisten und muss helfen!

Wir haben gesehen, was geschehen ist, als die Arbeitsgelegenheiten, also die AGH Maßnahmen, deutlich zusammengestrichen wurden. Das hatte nicht nur Folgen für die mit dieser Maßnahme geförderten Menschen. Nein, diese Kürzung von Stellen hatte zusätzlich spürbare Folgen für die soziale Infrastruktur der Stadt. Betroffen waren eine ganze Reihe wichtiger Angebote wie soziale Cafés, soziale Treffs, Sozialkaufhäuser, Beratungs- und Unterstützungsangebote verschiedenster Art, die für die Menschen in Stadtteilen mit niedrigem Sozialstatus besonders dringend gebraucht werden. Das gilt es heute und in der Zukunft zu verhindern – auch um die Stabilität unserer Demokratie zu erhalten, meine Damen und Herren.

Besonders schwer haben es langzeitarbeitslose Menschen, die oftmals nur in Arbeit kommen, wenn die Konjunktur über längere Zeiträume anzieht. Das findet aber derzeit nicht statt. Darum wenden wir uns heute bei unserem Austausch den Menschen zu, die in dieser schwierigen Zeit nicht wieder in Arbeit kommen.

Immer wieder werden Bürgergeldempfänger:innen wider besseren Wissens als arbeits-scheu und faul diffamiert. Dabei wird auch nicht auf ihre Familien, ihre Kinder Rücksicht genommen, die natürlich ebenfalls betroffen sind. Diese Menschen leben von wenig Geld, sie und ihre Familien müssen auf vieles verzichten, was für andere selbstverständlich ist. Damit wird ein beachtlicher Teil der uns nachfolgenden Generation ins Abseits gestellt. Das können wir uns nicht leisten! Das muss aufhören! Deswegen sind wir mit Vertreter:innen aus der Politik, den Verbänden, des Jobcenters, Beschäftigungsträgern und Gästen aus anderen Kommunen heute zusammengekommen, um über Lösungen und Hilfen zu sprechen.

Deutlich mehr als die Hälfte der Arbeitslosen ist laut des statistischen Landesamts Nord von Armut betroffen. Das ist die bittere Wahrheit. Die meisten sind keine Arbeitsverweigerer und Drückeberger, sie wollen arbeiten, das möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich hervorheben! Viele haben sehr große Schwierigkeiten, zurück in Arbeit zu kommen. Sie brauchen eine sinnvolle und nachhaltige Unterstützung. Dazu werden wir auch Beispiele aus anderen Städten präsentieren. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass ein nicht kleiner Teil dieser Gruppe aufgrund von Einschränkungen nie auf dem ersten Arbeitsmarkt ankommen wird. Aber auch sie müssen berücksichtigt werden. Sie und ihre Familien benötigen deutliche Unterstützungen, um wieder Fuß fassen zu können. Von allein werden sie das nicht schaffen!

Arbeit gibt dem Leben Sinn und Bestätigung, definiert den Platz in der Gesellschaft und gibt dem Alltag Struktur. Darüber hinaus stärkt Arbeit das Selbstwertgefühl. Dafür braucht es eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die dies den Menschen möglich macht. Sie ist Voraussetzung für ein würdevolles Leben in einer entwickelten Gesellschaft, so wie sie hier bei uns in Deutschland existiert.

Rund 90.000 Menschen sind in Hamburg derzeit arbeitslos gemeldet. Bei unserer heutigen Veranstaltung stehen die Menschen im Fokus, die langzeitarbeitslos sind. Das betrifft rund 2/3 der Betroffenen. Wir werden uns besonders mit der Lage derjenigen beschäftigen, die arbeiten können und wollen, die aber schon zwei Jahre oder länger arbeitslos sind und von Bürgergeld leben. Ihre Zahl steigt deutlich an, obwohl sich die Mitarbeitenden des Jobcenters zweifelsohne um die Vermittlung bemühen und zusätzlich viele Maßnahmen zur Verfügung stehen.

An dieser Stelle stellt sich die Frage: Was kann die Verwaltung tun, was kann getan werden? Dazu begrüße ich ganz herzlich den Leiter des Hamburger Jobcenters Herrn Dirk Heyden. Sie leiten das größte Jobcenter Deutschlands. Ihr Tun wird gesehen und hat Vorbildcharakter!

Seit Einführung des Teilhabechancengesetzes im Jahr 2019 haben die Jobcenter die Möglichkeit, soziale Beschäftigung mit einem Lohnkostenzuschuss bis zu fünf Jahre lang zu fördern (nach dem §16i des SGB II). Bereits seit der Hartz-IV-Reform 2005, gibt es die Möglichkeit SGB-II-Empfänger:innen in Arbeitsgelegenheiten (AGH) zu beschäftigen. Beide Maßnahmen sind die Basis für den sogenannten sozialen Arbeitsmarkt, mit dem wir uns heute intensiv beschäftigen wollen.

Wir vom Sozialverband SoVD sind der Auffassung, dass jede:r Einzelne in unserem Land das unabdingbare Recht auf soziale Teilhabe hat. Dieses Recht müssen wir schützen. Es darf weder an Mitteln noch an gesellschaftlichen Hürden seine Grenzen finden. Vor der Bürgerschaftswahl am 2. März 2025 werden wir mit der Hamburger Politik klären, wie sie dieses Recht bewahren und sichern will.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.